



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## DER BESUCH VON BUNDESKANZLERIN ANGELA MERKEL IN POLEN

- **ANALYSE**  
Angela Merkel und das polnische Geheimnis 2  
Piotr Buras, Warschau
- **DOKUMENTATION**  
Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel und der polnischen  
Ministerpräsidentin Beata Szydło 5  
Warschau, 7. Februar 2017
- **CHRONIK**  
7. – 20. Februar 2017 10

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung  
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT



## Angela Merkel und das polnische Geheimnis

Piotr Buras, Warschau

### Zusammenfassung

Der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang Februar weckte ein außergewöhnliches mediales und politisches Interesse in Polen. Doch es läuft etwas falsch in den Beziehungen zwischen zwei engen Nachbarn und EU-Staaten, wenn ein Treffen zwischen ihren führenden Vertretern eine Aufmerksamkeit erfährt, die bisher von ungleich spektakuläreren Ereignissen hervorgerufen wurde. Für die augenscheinlich notwendige Neujustierung der bilateralen Beziehungen ist der Paradigmenwechsel in der europäischen Politik von entscheidender Bedeutung. Sicherheit und Stabilität in Europa und die Infragestellung der weiteren Integrationspolitik und ihrer grundlegenden Prinzipien stehen auf der Agenda. Hier mangelt es der polnischen Position an Kohärenz und Klarheit. Angesichts des sanfteren Tons und der Annäherungsversuche gegenüber Deutschland als Folge der relativen Entfremdung Polens in der EU wäre etwas mehr Flexibilität im Denken und Handeln auf deutscher Seite bei (energie)sicherheitspolitischen Themen willkommen.

Der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang Februar in Warschau weckte ein Interesse, das kein internationales Ereignis in Polen in den vergangenen Jahren hervorgerufen hatte, vielleicht mit Ausnahme des NATO-Gipfels in Warschau im Juli vergangenen Jahres. Die der national-konservativen Regierung nahe stehenden Medien zelebrierten das Treffen mit Jarosław Kaczyński, dem Parteivorsitzenden von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) und informellen Regierungschef, als symbolische Anerkennung Polens, das in der letzten Zeit in der Europäischen Union als Paria betrachtet wurde. Andere gingen so weit, das Treffen als möglichen Vorläufer für eine neue Kooperation zwischen Warschau und Berlin zu interpretieren, die – endlich! – auf echter, und nicht gespielter, Partnerschaft basieren werde.

Es läuft etwas verkehrt in den Beziehungen zwischen zwei engen Nachbarn und EU-Staaten, wenn ein gewöhnliches Treffen zwischen ihren führenden Köpfen ein Interesse weckt, das in normalen Zeiten von ungleich spektakuläreren Ereignissen hervorgerufen werden würde. Aber die Zeiten sind nicht normal, inklusiv der deutsch-polnischen Beziehungen. Diese wurden in den vergangenen Monaten nicht nur durch die Uneinigkeit über die Gaspipeline Nord Stream 2 und die Flüchtlingskrise belastet, sondern auch durch die Versuche der polnischen Regierung, ein Gegengewicht zu Deutschland in der EU herzustellen (und weniger, eine Übereinstimmung von Interessen zu suchen). Noch essentieller war die Zurückweisung der Idee der Europäisierung und Verwestlichung als herrschendes Prinzip der polnischen Außenpolitik. Es ist jedoch nicht die aktuelle Temperatur der deutsch-polnischen Beziehungen, die die Bedeutung von Merkels Besuch in Polen erklärt, sondern vielmehr die internationale Situation, in der er stattfand. Für beide Länder war dies das wesentlichste bilaterale Gespräch zwi-

schen den politischen Spitzen Deutschlands und Polens seit 1989.

Die Gründe dafür sind offensichtlich. In den kommenden Monaten werden die Vektoren der europäischen Politik neu ausgerichtet. Natürlich wird viel von den Ergebnissen der Wahlen in Frankreich (April/Mai) und Deutschland (September) abhängen. Abgesehen davon ist jedoch klar, dass die Welle des Populismus, die zahlreichen Krisen und die Präsidentschaft Donald Trumps in den Vereinigten Staaten die drei fundamentalen Voraussetzungen verändern, auf denen die Europäische Union bisher aufbaute. Das richtige Verständnis dieses Paradigmenwechsels für die Integration und eine Bewertung der Konsequenzen werden von wesentlicher Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen in der unmittelbaren Zukunft sein.

### Das Bedürfnis nach Sicherheit

Erstens: Freiheit wurde durch Sicherheit als derjenige Wert ersetzt, der das Denken über die Zukunft Europas strukturiert. Die europäische Integration war vor allem ein Friedensprojekt, nicht ein Freiheitsprojekt. Die Väter Europas wurden von der Überzeugung geleitet, dass Demokratie, die auf Freiheit gründet, die einzige Garantie für die Beendigung der Phase von Konflikten und Krieg auf dem alten Kontinent sein konnte. Die Integration diene vor allem der Liberalisierung (der Märkte) und der fortschreitenden Öffnung (der Grenzen). Ihr Fundament ruht auf den vier Freiheiten, dem freien Verkehr von Menschen, Gütern, Kapital und Dienstleistungen.

Immer häufiger wird Freiheit unter dem Stichwort ihres »Exzesses« diskutiert, und Populisten werden vom wachsenden sozialen Bedürfnis nach Stabilität, Sicherheit und Schutz des Eigentums genährt. Angestellte, die über den Schleuderpreis-Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt (Sozialdumping) besorgt sind, sehen den ökonomischen

mischen Patriotismus als eine Möglichkeit, ihre Interessen zu wahren. Für viele Menschen scheint der Preis der Sicherheit (bzw. die Illusion derselben), beispielsweise durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, nicht übermäßig hoch im Vergleich zu der wahrgenommenen Gefahr durch Terrorismus oder den Veränderungen im lokalen Umfeld infolge von Migration. Das bedeutet, dass die Kraft, die die politische Phantasie der Gesellschaften und Eliten heute am stärksten prägt, nicht mehr der Wunsch nach größerer Öffnung und Integration ist, der den Wandel in Europa die letzten Jahrzehnte bestimmt hat, sondern eher der überwältigende Wunsch, die Sicherheit und Stabilität zu erhöhen.

Das Paradigma der Sicherheit bedeutet, dass der Druck auf die vier Freiheiten zunehmen wird, insbesondere auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Dies ist ein Bereich, in dem die europäische Elite der Gesellschaft am leichtesten das Signal senden kann, dass sie ihre Sorgen und ihr Sicherheitsbedürfnis versteht. Der österreichische Bundeskanzler Christian Kern hat schon angekündigt, dass er für die österreichischen Bürger das Prioritätsprinzip auf dem österreichischen Arbeitsmarkt einführen will. Aber das Sicherheitsparadigma hat auch bereits Einfluss auf Änderungen der Anti-Terror-Gesetzgebung und der Asylpolitik. Die Erosion der europäischen Standards in diesen Bereichen kann langfristige Folgen haben, denn sie verändert die rechtlichen und psychologischen Grenzen dessen, was vorstellbar und akzeptabel ist.

### Rückschläge für Kohäsion – unaufhaltsam?

Zweitens: Die Idee der Kohäsion in der EU schließt den Gedanken unterschiedlicher Integrationsgeschwindigkeiten aus. Die Diskussion, wie die unterschiedlichen Integrationsfähigkeiten und -ambitionen der EU-Mitgliedsstaaten miteinander versöhnt werden können, ist nicht neu. Die Diversifikation der Integration war lange Zeit eine Tatsache – nicht alle Länder gehören dem Schengenraum oder der Eurozone an. Dennoch wurde davon ausgegangen, dass ein unpräzise definierter Horizont des Integrationsprozesses existiere, auf den alle Länder zusteuern, obgleich teilweise in unterschiedlichen Tempi und Choreographien. Die unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten wurden eher als notwendiges Übel betrachtet. Das Kohäsionsparadigma findet gegenwärtig keinen Gefallen – Integration in unterschiedlichem Grad wird weniger häufig als Herausforderung, sondern zunehmend als Lösung für die Probleme der EU gesehen. Vertreter dieser Sicht sagen, dass der einzige Weg, die EU vor dem Auseinanderbrechen zu schützen, ist, die Bindungen der Integration zu lockern und den Mitgliedsstaaten mehr Entscheidungsfreiheit zu gewähren, an welchen Projekten sie teilnehmen wollen.

Drittens: Europa hat aufgehört transatlantisch zu sein und ist post-atlantisch geworden. Die EU war immer auch wesentlich ein transatlantisches Projekt. Die Bedeutung der Vereinigten Staaten war nicht allein der Tatsache geschuldet, dass Washington Europa Sicherheitsgarantien anbot. Gleichmaßen wichtig war, dass es eindeutig in Amerikas Interesse lag, dass die Länder Europas vereinigt sind und eng miteinander kooperieren. Präsident Trumps Aussagen und Maßnahmen, den »Brexit« zu loben, andere Länder zu ermutigen, die EU zu verlassen, und die EU als Projekt zu kritisieren, das nur den deutschen Interessen diene, vermögen zu demonstrieren, dass sich dieser Ansatz verändern wird.

Der bekannte deutsche Publizist Josef Joffe definierte die Vereinigten Staaten vor einigen Jahren als »Europas Friedensbringer«, als eine Kraft, die beispielsweise die Konflikte Europas beschwichtigen könne. Amerikas Zurückweisung der Idee, dass die europäische Einheit ein Wert an sich ist, kann Europa mehr Schaden zufügen als irgendein *big deal* zwischen Washington und Moskau.

Sowohl der »Brexit« als auch die Wahl Donald Trumps haben in Europa und darüber hinaus Diskussionen in Gang gesetzt, die die EU rasch tiefer gehend verändern können als alle bisherigen Rückschläge in Sachen Integration. Es ist interessant und besorgniserregend, dass die ersten Reaktionen in Deutschland und Polen auf beide Herausforderungen nicht unterschiedlicher hätten ausfallen können. Während Trump in Deutschland als Inkarnation des schlechtesten deutschen Stereotyps von Amerika gesehen wird, begrüßte die polnische national-konservative Regierung seinen Aufstieg zur Macht – abgesehen von seinen kontroversen Positionen gegenüber der NATO und Russland – als einen weiteren Sieg einer Anti-Establishment-Bewegung nach Kaczyńskis Sieg. Und während für Berlin der »Brexit« der erste Schritt in Richtung Desintegration Europas bedeuten kann, sieht Warschau hierin den besten Beweis für die größten institutionellen Defizite der EU, die einer fundamentalen Korrektur bedürften. Sowohl Trump als auch die Reformierung der EU sind potentielle Quellen für tief gehende und fatale Spaltungen – ein Grund für Merkel, sich Sorgen zu machen und das Gespräch mit ihrem polnischen Gegenüber zu suchen. Merkel kam nicht nach Polen, um eine neue strategische Partnerschaft zu diskutieren, sondern eher um den neuen durch Europa laufenden Riss anzusprechen. Die wichtigste Frage, die Merkel in Warschau stellte, war: »Was ist Polen bereit zu tun (und zu opfern), um die EU zu stärken und nicht zu schwächen, angesichts dieser noch nie da gewesenen Herausforderungen?«

Es scheint nicht so zu sein, dass sie eine klare Antwort erhalten hätte. In der Tat wird Polens Europa-

politik rätselhaft bleiben, so lange ihr aktueller Kurs von Kaczyńskis Launen und Willen abhängt. Und da sein Interesse an Außenpolitik und EU-Angelegenheiten weitgehend nur eine Funktion der Innenpolitik und sein Verständnis jener Themen recht beschränkt ist, ist es keine Überraschung, dass es der polnischen Position zu EU-Schlüsselthemen an Kohärenz und Klarheit mangelt. Anstatt die Politik zu gestalten versuchen die Ministerpräsidentin und der Außenminister herauszufinden, was der Parteivorsitzende gedacht haben könnte, und dementsprechend ihre Rhetorik anzupassen bzw. seine oft widersprüchlichen Aussagen zu erklären.

### Suche nach Gemeinsamkeiten

Wird Polen im Zusammenhang mit dem EU-Jubiläumsgipfel im März 2017 eine große Reform des EU-Vertrags anschieben, wie manche vorgeschlagen haben? Während dies für Merkel die Büchse der Pandora ist, hat der Chefberater von Außenminister Witold Waszczykowski bereits mitgeteilt, dass die Vorschläge Polens für die Reformierung der EU fertig seien. Andere Regierungsquellen verneinen, dass dies eine Priorität der kommenden Monate sein werde. Und während Deutschland zu verhindern versucht, dass sich die mittel- und ostmitteleuropäischen Länder gegen Berlin und Brüssel zusammenschließen, scheint Kaczyński einen solchen Block seit langem im Sinn zu haben. Unlängst sagte er in einem Interview in der ungarischen Wochenzeitung »Heti Válasz«, dass die Kooperation der mittel- und ostmitteleuropäischen Länder als Gegengewicht zur gegenwärtigen Führung in Brüssel dienen könne sowie zu den »Bemühungen, in Europa eine totale Hegemonie anzustreben«.

Des Weiteren reagierte das polnische Außenministerium kritisch auf den Brief von Donald Tusk, dem Präsidenten des Europäischen Rates kurz vor dem EU-Sondergipfel in Malta. Waszczykowskis Statement lautete, dass die EU »eine tief gehende Reform braucht«, deren wichtigster Aspekt sein sollte, »die Stimme der Nationalparlamente und die Regierungen der Mitgliedsstaaten zu stärken«. Eine offene Frage bleibt die Haltung Polens zur »flexiblen Integration« und zu einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten, was Merkel unlängst unterstützte. Kaczyński wies diese Idee in seinem Fernsehinterview nach dem Besuch der Bundeskanzlerin zurück. Gleichzeitig ist eine gewisse Flexibilisierung der Integration, die den Mitgliedsstaaten erlaubt, aus manchen Integrationsprojekten auszusteigen, offenkundig Bestandteil der aktuellen EU-Vision Polens.

Auch die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten werfen Fragen auf. Polens Präsident Andrzej Duda lud Trump zu einem Gipfel der so genannten Dreimeeresinitiative, ein Kooperationsformat der Staaten zwi-

schen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer, in Breslau (Wrocław) im Juni dieses Jahres ein. Dies könnte die Sorge hervorrufen, dass Polen, gemeinsam mit einer Gruppe der Länder der Region, gegenüber den USA unabhängig initiativ werden will, und das nicht unbedingt koordiniert mit den übrigen EU-Ländern.

Vor diesem Hintergrund war Merkels Besuch in Warschau weder ein Durchbruch noch die Eröffnung eines neuen Kapitels in den Beziehungen zwischen Berlin und Warschau. Weitere Treffen wurden angekündigt und es wird noch viel zu diskutieren und zu klären sein, wenn die erste Riege der deutschen und der polnischen Politik wieder zusammensitzen werden. Der Einsatz für die bevorstehenden Entscheidungen ist sehr hoch für Polen. Der neue sanftere Ton gegenüber Deutschland und die Annäherungsversuche gegenüber Berlin stehen mit der relativen Entfremdung Polens in der EU in Zusammenhang. Sein ersehnter Hauptpartner Großbritannien hat sich entschlossen, aus der EU auszutreten, die Visegrád-Gruppe ist zu disparat und zu schwach, um sich auf sie verlassen zu können, und die Vereinigten Staaten sind unberechenbar geworden. Warschau muss daher entscheiden, ob es die mögliche Flexibilisierung der EU-Integration als eine Gelegenheit nutzen möchte, sich mit Deutschland und anderen Schlüsselpartnern einzulassen oder abseits zu stehen. Zweifellos wird Polens Position in der EU davon abhängen, in welchem Maße es vorbereitet ist, Verantwortung für die EU als Ganzes zu übernehmen. Das Ausmaß der Solidarität, das andere Länder Polen entgegenbringen, wird davon abhängen, wie fest Polen in der EU und ihren Hauptkooperationsfeldern verankert ist. Die Zugehörigkeit zu diesen Kreisen (Euro, Migrationspolitik, Verteidigungspolitik) wird sich in hohem Maße verschränken und Deutschland wird im Kern von allen sein. Polens Priorität sollte sein, die Verbindungen mit der EU zu stärken, und nicht, sie zu schwächen. Es sollte sich außerdem zurückhalten, Schritte zu unternehmen, die die europäische Einheit zerstören könnten. Auch sollte nichts unternommen werden, um die engen Beziehungen der EU und Polens mit den USA über die rote Linie der prioritären Bedeutung der europäischen Kohäsion hinaus aufrechtzuerhalten.

Wenn Polen diesen strategischen Kurs annimmt, könnte dies einige überfällige und schwierige Diskussionen mit Berlin über Fragen ermöglichen, bei denen etwas mehr Flexibilität im Denken und Handeln auf deutscher Seite willkommen wäre. Dies umfasst Widersprüchlichkeiten in der deutschen Russlandpolitik (hart gegenüber Donbass und Krim, aber eine Politik der offenen Tür für die Interessen des Energiekonzerns Gazprom in Mitteleuropa) und ein unzureichendes Verständnis für die Dilemmata der strategischen wirtschaftlichen Moderni-

sierung Polens – beides sind auch europäische Probleme. Wird Merksels Besuch in Warschau der deutsch-polnischen Partnerschaft Auftrieb geben in einem Europa,

das auf Vertrauen gegründete Beziehungen mehr denn je braucht? Dies wird sich erst noch zeigen.

*Übersetzung aus dem Englischen: Silke Plate*

Eine kürzere Textversion in englischer Sprache wurde beim *European Council on Foreign Relations (ECFR)* veröffentlicht. <[http://www.ecfr.eu/article/commentary\\_pariah\\_no\\_more\\_poland\\_weighs\\_its\\_options](http://www.ecfr.eu/article/commentary_pariah_no_more_poland_weighs_its_options)>

*Über den Autor*

Piotr Buras, Politologe, Journalist, Deutschland- und Europaexperte, ist seit 2013 Leiter des Warschauer Büros des *European Council on Foreign Relations – ECFR*.

## DOKUMENTATION

# Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel und der polnischen Ministerpräsidentin Beata Szydło

Warschau, 7. Februar 2017

**MP'in Szydło:** Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich, und ich möchte ganz herzlich Sie, Frau Bundeskanzlerin, hier in Warschau willkommen heißen. Ich freue mich sehr, Angela, dass wir uns erneut hier in Warschau treffen können.

Wir haben uns schon in unserem ersten Gespräch zu wichtigen Themen unterhalten, aber dieser Besuch ist für uns auch eine Fortsetzung und gewissermaßen auch Ergänzung der Jubiläumsfeierlichkeiten vom letzten Jahr; denn wir hatten im letzten Jahr ja das 25-jährige Jubiläum des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit gefeiert. Wir sind zwei sehr gute, wichtige Nachbarn, wir haben sehr gute wirtschaftliche Beziehungen und uns verbinden auch enge Beziehungen in Sachen Sicherheit und Verteidigung. Es gibt viele gemeinsame Themen, die wir gemeinsam auf europäischer Ebene realisieren. Es werden auch gemeinsam Projekte humanitärer Natur umgesetzt. Das zeigt, dass Deutschland und Polen hier zwei sehr wichtige Länder sind, die zusammenarbeiten. Wir sind Nachbarn, und es liegt uns sehr viel daran, dass diese partnerschaftliche Zusammenarbeit weiter vertieft werden kann.

Frau Bundeskanzlerin, ich möchte mich bei Ihnen dafür bedanken, dass sich Deutschland bei der Realisierung der Beschlüsse des Warschauer Nato-Gipfels sehr engagiert hat. Die Stärkung der Ostflanke der Nato ist mit Blick auf die Sicherheit unserer Region, aber auch mit Blick auf die globale Sicherheit sehr wichtig, und wir wollen diese Projekte in Bezug auf die Vertiefung der gemeinsamen Beziehungen fortsetzen.

Ich bin davon überzeugt, dass eine gute Nachbarschaft zwischen Deutschland und Polen notwendig ist, damit das europäische Projekt erfolgreicher realisiert werden kann. Wir werden uns natürlich heute Abend noch weiter darüber unterhalten wollen; denn für den heutigen Abend ist ein solches Treffen, auf dem diese europäischen Themen unsererseits vertieft behandelt werden können, noch geplant. Ich möchte aber schon sagen, dass unsere beiden Länder, Deutschland und Polen, zwei Länder der Europäischen Union sind, die eine sehr wichtige Rolle im Reformierungsprozess der EU zu spielen haben. Wie gesagt, über die Visionen in Bezug auf die Zukunft der EU deutscherseits und polnischerseits werden wir uns noch unterhalten. Dabei geht es natürlich um die Lösung der Migrationskrise, den Binnenmarkt, die Verteidigung und die Sicherheitspolitik – all das, was mit jenen Veränderungen zusammenhängt, die in der Europäischen Union stattfinden werden müssen.

Wir haben uns in diesem ersten Teil unseres Treffens über die wirtschaftlichen Beziehungen und die bilateralen Beziehungen unterhalten. Ich freue mich sehr und kann hier mit Freude feststellen, dass wir hier in Polen sehr viele deutsche Unternehmen, deutsche Konzerne und Firmen haben. Dieses Klima, diese Atmosphäre für die Unternehmen und für die weitere gute Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen ist auch ein Teil des strategischen Plans der polnischen Regierung, und wir hoffen sehr, dass weitere Firmen aus Deutschland zu uns kommen werden und gerne bei uns investieren.

Ich möchte noch ein wichtiges Thema ansprechen, das wir besprochen haben, und zwar die Klimapolitik. Das ist natürlich etwas, was auch mit der EU-Agenda verknüpft ist. Die Energiewirtschaft und die Klimapolitik sind zwei Dinge, die in unseren bilateralen Beziehungen sehr wichtig sind. Ich habe in unserem Gespräch hervorgehoben, dass es für Polen inakzeptabel ist, wenn Nord Stream 2 umgesetzt wird, und ich habe unterstrichen, dass Polen ausgeschlossen ist, wenn es darum geht, sich über die Klimapolitik der EU zu unterhalten – unter Berücksichtigung des individuellen Energiemixes jedes Landes. Wir beide haben festgestellt, dass wir eine Arbeitsgruppe einrichten wollen, in der unsere diesbezüglichen Positionen erörtert werden. Insbesondere soll in einer solchen Arbeitsgruppe auch das Winterpaket erörtert werden.

Frau Bundeskanzlerin, ich möchte Ihnen auch sehr herzlich für all das danken, was die Bundesregierung für die in Deutschland lebenden Polen macht. Ich habe in unseren Gesprächen auch unterstrichen, dass es unser Wunsch wäre, dass dies ähnlich gehandhabt wird, wie wir das bei der deutschen Minderheit in Polen handhaben. Wir haben uns darüber auch schon während meines Besuchs in Berlin unterhalten, und ich möchte dafür danken, dass nach diesem unserem Gespräch in Berlin bereits gewisse Schritte unternommen wurden. Ich glaube, wir werden hier noch mehr gemeinsame Projekte verwirklichen können und die Zusammenarbeit vertiefen können.

Wir haben uns auch über Themen unterhalten, die sich auf unsere Zusammenarbeit in Bezug auf junge Menschen beziehen; denn das Jugendwerk, der Austausch von Jugendlichen und die Zusammenarbeit der Jugend sind ganz besonders wichtige Themen für unsere beiden Länder.

Vielen herzlichen Dank noch einmal, Frau Bundeskanzlerin, für Ihren Besuch hier in Polen! Wie ich schon erwähnt habe, war dies unser erstes Treffen heute. Am Abend haben wir noch eine zweite Begegnung und können dann noch auf viele wichtige Themen eingehen.

**BK'in Merkel:** Danke schön! – Sehr geehrte Ministerpräsidentin, liebe Beata, ich möchte mich bedanken für den freundschaftlichen Empfang und für die Einladung, hierhin nach Warschau zu kommen und die bilaterale Kooperation fortzusetzen.

Wir sind Nachbarn, wir haben im letzten Jahr das Jubiläum des Nachbarschaftsvertrages begangen und wissen, dass wir in unserer Kooperation im Grunde auf drei Säulen aufbauen können: Das ist erstens die politische Kooperation – bilateral, aber auch im Rahmen der Europäischen Union –, das ist zweitens die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit und das ist drittens auch die Zusammenarbeit unserer Zivilgesellschaften.

Um mit der politischen Zusammenarbeit zu beginnen: Wir haben uns natürlich über das, was wir gemeinsam tun können, aber auch über unser gemeinsames Auftreten in der Europäischen Union ausgetauscht. Das Thema Klimaschutz ist hier schon genannt worden, vor allen Dingen auch das Stichwort Winterpaket der Europäischen Union, zu dem wir gemeinsam in einer Arbeitsgruppe tätig werden wollen und unsere Positionen einbringen wollen. Wir haben auch darüber gesprochen, dass im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit die polnische Regierung in Konsultationen mit der Europäischen Kommission ist.

Ich will noch einmal sehr persönlich sagen, dass ich als junger Mensch immer mit großer Aufmerksamkeit auf das, was in Polen vor sich gegangen ist, geschaut habe. *Solidarność* hat auch mein Leben geprägt, und ohne *Solidarność* wären vielleicht weder die europäische Einigung und das Ende des Kalten Krieges so schnell gekommen noch die deutsche Einheit. Aus dieser Zeit wissen wir, wie wichtig plurale Gesellschaften sind, wie wichtig eine unabhängige Justiz und Medien sind, denn das hat damals alles gefehlt. Insofern war ich froh zu hören, dass Polen die Fragen der Europäischen Kommission und auch der Venedig-Kommission beantworten wird. Ich wünsche mir, dass die Diskussion zwischen beiden Partnern hier auch sehr konstruktiv vonstattengeht.

Wir haben über die polnischen Bürger in Deutschland gesprochen. Als du in Deutschland warst, habt ihr die Bitte geäußert, dass wir mehr tun, was die Möglichkeit betrifft, Polnisch zu lernen. Hierzu sind wir jetzt mit allen Bundesländern in Kontakt getreten, wollen den Bedarf abfragen und danach gegebenenfalls auch mehr Unterrichtsmöglichkeiten anbieten.

Ich habe im Gegenzug auch über die deutsche Minderheit hier in Polen gesprochen. Ich werde sie nachher auch noch kurz treffen. Die Ministerpräsidentin hat mir versichert, dass die Verpflichtungen aus dem Nachbarschaftsvertrag eingehalten werden, und ich glaube, das ist ein wichtiges Zeichen.

Politisch ein Zeichen setzen können wir auch mit dem Jugendwerk. Die deutsche Seite hatte die Mittel in diesem Jahr jetzt auch auf 6 Millionen Euro erhöht. Wir haben verabredet, dass wir auch immer wieder neue Projekte einsetzen können, um hier voranzukommen.

Politisch und auch ein bisschen wirtschaftlich haben wir, glaube ich, den Höhepunkt in diesem Jahr noch vor uns, nämlich dass Polen Gastland bei der Hannover Messe sein wird. Das wird die Möglichkeit bieten, dass sich Polen auf

der größten Industriemesse der Welt auch mit seinen industriellen Fertigkeiten präsentieren kann. Wir haben über die wirtschaftliche Zusammenarbeit gesprochen. Große Unternehmen, aber auch mittlere und kleinere Unternehmen engagieren sich in Polen, und die Ministerpräsidentin hat mir – dafür danke ich – versichert, dass sie willkommen sind, wie natürlich genauso polnische Unternehmen auf der deutschen Seite auch willkommen sind.

Noch einmal zurück zur Politik: Hierbei ist die Verteidigungszusammenarbeit sehr wichtig. Wir haben über die deutschen Beiträge im Zusammenhang mit der Verstärkung der östlichen Dimension gesprochen, und ich habe ja auch noch einmal deutlich gemacht, dass Deutschland weiß, dass es seine Verteidigungsausgaben weiter erhöhen muss. Sie sind vom letzten Jahr auf dieses Jahr um 5 Prozent gestiegen, und das wird uns in die Lage versetzen, auch innerhalb der Europäischen Union – nicht im Gegensatz zur Nato, aber unter den europäischen Partnern – enger im sicherheitspolitischen Bereich zusammenzuarbeiten. Ich glaube, Deutschland und Polen haben hierzu sehr gemeinsame Ansichten.

Wir haben auch über die Frage der Grenzsicherung gesprochen. Hierfür unternimmt Polen sehr vieles. Es gibt nämlich auch illegale Migration aus dem Osten, und gegebenenfalls werden unsere Innenminister hier eng zusammenarbeiten.

Zur äußeren Dimension: Wir werden heute noch über die Zukunft Europas und über die Frage Großbritanniens sprechen; das haben wir bis jetzt noch nicht machen können. Ich möchte hervorheben, dass wir ein sehr schönes Projekt haben, das Fortschritte macht, nämlich den Bau einer gemeinsamen Schule im Libanon als ein deutsch-polnisches Zeichen dafür, dass wir Fluchtursachen bekämpfen wollen und dass wir hierin einen wichtigen Schwerpunkt im Umgang mit der Migrationskrise sehen.

Sie können es sich vorstellen: Dafür, dass wir inklusive der militärischen Ehren nur eine Stunde Zeit hatten, haben wir schon sehr intensiv und dicht miteinander gesprochen, und wir werden das heute Abend auch weiter fortsetzen.

**Frage:** Frau Bundeskanzlerin, inwiefern hat es während des Gesprächs Überschneidungen bezüglich der Dimension, was die EU betrifft, gegeben, und wo gab es vielleicht Unterschiede oder Streitpunkte, die völlig unterschiedlich betrachtet werden?

**BK'in Merkel:** Die Komplikation besteht darin, dass wir uns heute noch nicht vertieft über die Europäische Union ausgesprochen haben. Wir haben, glaube ich, zum Teil gemeinsame Vorstellungen, was die Vollendung des Binnenmarktes anbelangt, was die Frage einer Energieunion anbelangt oder was auch die Fragen der gemeinsamen verteidigungspolitischen Anstrengungen beziehungsweise der äußeren Grenzsicherung anbelangt. Wir müssen schauen. Es kann sein, dass es auch Vorstellungen gibt, die in die Richtung von Vertragsänderungen gehen. Da werde ich dafür werben, dass wir sehr vorsichtig vorgehen müssen, weil die Einberufung eines Konvents in Europa immer auch zeigen muss, wohin wir wollen und ob wir ein gemeinsames Ziel haben oder ob jedes europäische Land ein anderes Ziel hat. Aber das werden wir heute Abend noch vertieft besprechen.

Ich will aber deutlich sagen, und das sieht man ja auch an unserem Verhalten auf den Europäischen Räten, so gerade wieder in Malta: Wenn es um die innere und äußere Sicherheit geht, wenn es um den Ausbau des Binnenmarktes, des Energiemarkts, des digitalen Markts geht, dann gibt es eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten. Aber es gibt sicherlich auch unterschiedliche Vorstellungen.

**Frage:** Ich möchte die Frau Premierministerin Folgendes fragen: Haben Sie bei diesem ersten Gespräch die Frage eines Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten besprochen?

Sind Sie, Frau Bundeskanzlerin, Befürworterin eines solchen Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten? Welche dringenden Maßnahmen sollte die Europäische Union treffen, um Krisen zu lösen?

**MP'in Szydło:** Ja, zum Teil haben wir uns bereits darüber unterhalten. Energiewirtschaft, Flüchtlingspolitik, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sind wichtige Themen, die dann auch beim Gespräch über die Reform der Europäischen Union beziehungsweise über Veränderungen innerhalb der Europäischen Union zu erörtern sind. Alles, was jeder der Mitgliedstaaten vorschlagen wird, wird sich auf jene Bereiche beziehen, die wir heute als jene bezeichnen, die von Krisen betroffen sind beziehungsweise in denen es sich mehr zu engagieren und zu überlegen gilt, was die notwendigen Veränderungen wären, weil dies für die Zukunft der Europäischen Union ja alles unmittelbar eine große Rolle spielt und mit solchen Fragen wie der Migration, der Energiewirtschaft, der Sicherheit und der Verteidigung zusammenhängt.

Detaillierte Gespräche, wie die Frau Bundeskanzlerin bereits gesagt hat, werden dann am Abend weiter fortgesetzt werden. Ich habe nur gesagt, dass es für Polen wichtig sei, dass wir vor allem die nationalen Parlamente stärken, dass die europäischen Staaten, die Mitglieder der EU, das Gefühl und das Bewusstsein haben, dass sie alle gleich behandelt werden und dass wir eine Einheit innerhalb der EU aufbauen. In dieser Richtung wollen wir diskutieren. Wir

wollen uns vor allem über Gemeinsamkeiten unterhalten, und in jenen Bereichen, in denen es Meinungsunterschiede gibt, wollen wir nach Ebenen der Verständigung suchen. Nach meiner Einschätzung ist dies notwendig, um überhaupt eine konstruktive Diskussion über Veränderungen in der Europäischen Union einleiten zu können. Diese Veränderungen sind absolut notwendig. Davon bin ich zutiefst überzeugt. Ich denke, alle Mitgliedsstaaten der EU sind davon überzeugt. Darüber haben wir uns auf Malta unterhalten und vorher in Bratislava. Sie haben das hervorgehoben.

Der Brexit ist eine Tatsache. Das ist passiert, und es ist nun einmal da. Es gibt gewisse Gründe dafür. Wir sollten auf diese Gründe eingehen, und wir sollten die Probleme in der EU so lösen, dass es künftig in den einzelnen Mitgliedsstaaten nicht zu solchen Entwicklungen kommt. Polen geht davon aus, dass wir uns auf die Entwicklung und eine Gesamtheit der EU orientieren, aber mit Achtung und Respektierung der Nationalstaaten.

**BK'in Merkel:** Was die unterschiedlichen Geschwindigkeiten anbelangt, möchte ich nur Folgendes sagen: Wir haben heute schon die Situation, dass es Mitgliedsstaaten gibt, die am Euro teilnehmen, und Mitgliedsstaaten, die nicht am Euro teilnehmen. Wir haben die Situation, dass einige Mitgliedsstaaten nicht Teil des Schengen-Abkommens sind. Das heißt also, dass wir unterschiedliche Situationen haben. Wir haben in den Verträgen auch den Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit.

Wichtig ist – das muss auch im Sinne dessen, was die Ministerpräsidentin gesagt hat, ganz klar eingehalten werden –: Jedem Mitgliedsstaat muss die Mitarbeit in einem neuen Feld offenstehen. Vielleicht sagt ein Mitgliedsstaat manchmal: Ich möchte das jetzt nicht. – Aber es kann nicht sein, dass man sozusagen exklusive Clubs bildet, in die andere nicht hineinkommen. Das ist die Basis unserer Zusammenarbeit. Wenn aber jemand sagt: »Ich möchte dort noch nicht mitmachen«, dann muss dies möglich sein. Dafür bieten die Verträge die Möglichkeit.

**Frage:** Frau Bundeskanzlerin, was die EU angeht, gibt es von polnischer Seite schon eine Reihe von konkreten Vorschlägen, die heute auf den Tisch kommen: mehr Macht für die Parlamente. Im Klartext lesen wir daraus: Vetorecht für die Parlamente, Schwächung der EU-Kommission. Jarosław Kaczyński, den Sie heute noch treffen, hat gesagt, man solle die EU auf Binnenmarkt und Umwelt beschränken. Ist das für Sie akzeptabel?

Zweite Frage, an Premierministerin Szydło: Haben Sie auch darüber gesprochen, ob Polen Donald Tusk für eine nächste Präsidentschaft unterstützt?

**BK'in Merkel:** Was die Frage der Veränderung in der Europäischen Union anbelangt, so haben wir hier noch keine detaillierte Diskussion geführt. Ich will sagen, dass die Binnenmarktdefinition umfassender ist als nur: freier Warenverkehr und Umwelt. Ich kann mir, ehrlich gesagt, im Augenblick auch nicht vorstellen, dass man eine realistische Möglichkeit hat, hierbei irgendwelche Dinge zurückzudrehen.

Dennoch müssen wir darüber sprechen, wo eigentlich die Grenzen in manchen Fragen sind. Wir haben mit der Kommission auch schon von deutscher Seite darüber gesprochen, wo zum Beispiel die Grenzen für europaweite Ausschreibungen sind und vieles andere. Ich denke also, dass man durchaus auch untervertraglich einiges machen kann.

Was Vertragsänderungen anbelangt, sage ich es noch einmal: Der Mechanismus ist ein großer Konvent. Da muss man aufpassen, dass dort nicht 27 verschiedene Vorstellungen sind plus noch unterschiedliche Vorstellungen des Europäischen Parlamentes und das Ganze dann sehr auseinandergefächert ist. Aber darüber können und werden wir heute noch einmal sprechen.

Was die Macht der nationalen Parlamente anbelangt, so ist das natürlich auch immer wieder Gesprächsgegenstand in Deutschland. Wir haben bereits sehr weitgehende Beteiligungsrechte unseres nationalen Parlaments, wenn es um meine oder die Regierungsposition in Europa geht. Auf der anderen Seite haben wir auch schon einige Elemente, bei denen die nationalen Parlamente Einspruch einlegen können, zum Beispiel in den Subsidiaritätsfragen, also bei der Frage, ob eine neue Kompetenz, die sich die Kommission nehmen will, mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Im Lissabon-Vertrag haben wir eigentlich schon auch eine Stärkung der nationalen Parlamente gehabt. Wir kennen das also schon. Man muss natürlich auch darüber reden, wie man davon Gebrauch macht.

**MP'in Szydło:** Zu Ihrer zweiten Frage, zur Person des Vorsitzenden des Europäischen Rates: Ich denke, es ist zu früh, um unsere Positionen hier vorzustellen. Diese Frage ist sehr eng mit der Zukunft der Europäischen Union und mit Reformen in der EU verknüpft, mit all dem, was passieren wird. Wir werden auch auf dieses Thema zu sprechen kommen.

**Frage:** Ich möchte nach der Zukunft der transatlantischen Zusammenarbeit fragen. Europäische Politiker haben kritisch auf die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten reagiert, der sich auch kritisch zur EU geäußert



hatte. War die Zukunft der transatlantischen Zusammenarbeit auch ein Thema? Meine zweite Frage: Ist Ihrerseits auch das Thema des Konflikts in der Ostukraine besprochen worden?

**MP'in Szydło:** Zum Thema der Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika: Nach meiner Einschätzung braucht die EU hierbei Einheit und Konsequenz.

In der Ukraine dagegen werden das Völkerrecht und die territoriale Integrität des Landes verletzt. Solange sich Russland nicht aus seinen Maßnahmen zurückzieht, sollte die EU an den Sanktionen festhalten. Das betone ich auch bei den Räten immer. Das ist die Position Polens und auch die Position der Frau Bundeskanzlerin.

Ich möchte noch einmal auf die transatlantischen Beziehungen mit den USA zu sprechen kommen. Wir sollten hier konsequent vor allem nach Bereichen der Zusammenarbeit suchen und natürlich beobachten, was die amerikanische Administration unter Donald Trump unternimmt. Wir analysieren auch die Entscheidungen, die in Washington getroffen werden. Aber vor allem haben wir gemeinsame Herausforderungen in Bezug auf die Sicherheitspolitik und die Wirtschaft. Dabei sollten wir vor allem nach Zusammenarbeit suchen.

**BK'in Merkel:** Aus meiner Sicht will ich zu den transatlantischen Beziehungen Folgendes sagen: Wir als Bundesrepublik Deutschland und als Europäer haben ein immanentes Interesse an guten transatlantischen Beziehungen auf der Basis auch unserer gemeinsamen Werte. Das, was jetzt von den verschiedenen Stellen – vom Präsidenten, aber auch vom Verteidigungsminister, vom Außenminister – in Richtung der Nato gesagt wurde, sind, meine ich, sehr wichtige Feststellungen. Wir werden dann ja die Gelegenheit haben, innerhalb der Nato zusammenzukommen und über die Zukunft und die Aufgaben zu sprechen.

Alles andere werden wir Schritt für Schritt erkunden, etwa welche Möglichkeiten und welche Situationen wir haben, was einen liberalen Handel angeht. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, wie mit Kanada auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein Handelsabkommen zu haben. Das haben andere auch getan. Mit der neuen Administration müssen wir natürlich schauen, wie wir dabei vorankommen.

Was den Konflikt in der Ostukraine angeht, so haben Polen und Deutschland hierzu eine gemeinsame Haltung innerhalb des Europäischen Rates. Ich habe heute gerade wieder mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin telefoniert, weil die Situation uns Sorgen macht. Wir haben weitere Schritte verabredet, die auch im Normandie-Format getroffen werden können.

Nach wie vor ist die Situation nicht zufriedenstellend. Minsk ist nicht implementiert. Deshalb können die Sanktionen zurzeit nicht aufgehoben werden.

*Mitschrift Pressekonferenz im Wortlaut, die Protokollierung des fremdsprachlichen Teils erfolgte anhand der Simultanübersetzung.*

*Quelle: <<https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/02/2017-02-07-pk-merkel-szydlo.html>> (abgerufen am 15.02.2017).*

## 7. – 20. Februar 2017

07.02.2017	Bundeskanzlerin Angela Merkel trifft sich in Warschau mit Ministerpräsidentin Beata Szydło, dem Parteivorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, Präsident Andrzej Duda, Vertretern der Oppositionsparteien Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) sowie der deutschen Minderheit in Polen. Thematisiert werden die Lage der Europäischen Union, die deutsch-polnische Zusammenarbeit, Fragen der Sicherheit in Europa und das Thema Rechtsstaatlichkeit.
08.02.2017	Ministerpräsidentin Beata Szydło trifft sich in Den Haag mit ihrem niederländischen Amtskollegen, Mark Rutte. Schwerpunktthema ist die Lage der Europäischen Union im Zusammenhang mit dem »Brexit«. Es müsse alles getan werden, damit es zu keinen weiteren EU-Austritten komme, so Szydło. Ohne Veränderungen in der EU würde die Anti-Stimmung weiter wachsen. Polen spreche sich für den gemeinsamen Markt aus.
09.02.2017	Außenminister Witold Waszczykowski stellt im Sejm die Prioritäten der polnischen Außenpolitik für das Jahr 2017 vor. Angesichts der Politik Russlands, insbesondere des russisch-ukrainischen Konflikts in der Ostukraine, der russischen Aufrüstung sowie der Militarisierung der Oblast Kaliningrad sei die Umsetzung der Vereinbarungen der NATO-Gipfel in Newport (2014) und Warschau (2016) von zentraler Bedeutung. Die US-amerikanischen Streitkräfte seien ein zunehmend wichtiger Faktor für die Sicherheit Mitteleuropas. Deutschland bezeichne er als wichtigsten Partner in der EU.
10.02.2017	Ministerpräsidentin Beata Szydło wird nach einem Autounfall in Oświęcim verletzt in ein Krankenhaus gebracht. Verursacht wurde der Unfall von einem 21-jährigen Autofahrer, der auf die Straße einbog, auf der die Kolonne aus drei Regierungsfahrzeugen fuhr. Strittig ist, ob die Kolonne vorschriftsmäßig fuhr (Blaulicht, Sirene, Höchstabstände zwischen den Kolonnenfahrzeugen) und als solche erkennbar war.
11.02.2017	Der stellvertretende Innenminister Jarosław Zieliński, verantwortlich für das Büro für den Schutz der Regierung (Biuro Ochrony Rządu – BOR), teilt auf einer Pressekonferenz die Umgestaltung des BOR mit. Es solle mit neuen Kompetenzen ausgestattet werden und operativ-aufklärerische Funktionen übernehmen, um Gefahren besser zu erkennen und Schutzmaßnahmen einzuleiten. Im laufenden Jahr sollen ca. 300 neue Beamte eingestellt werden. Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Sławomir Neumann, kündigt an, dass die PO die Oberste Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli – NIK) auffordern werde, die Veränderungen im BOR zu untersuchen.
12.02.2017	Führende Politiker aller Parteien diskutieren in einer Fernsehdiskussion den Umgang der Politik und der Medien mit dem Verkehrsunfall, bei dem Ministerpräsidentin Beata Szydło zwei Tage zuvor verletzt in ein Krankenhaus gebracht worden war. Vertreter der Opposition kritisieren Intransparenz und unklare Zuständigkeiten im Büro für den Schutz der Regierung (Biuro Ochrony Rządu – BOR).
13.02.2017	Die Oppositionspartei Die Moderne (Nowoczesna) kündigt an, einen Antrag auf Abberufung von Innenminister Mariusz Błaszczak zu stellen, und fordert die Parlamentsfraktionen auf, den Antrag zu unterstützen. Laut Verfassung kann er eingereicht werden, wenn er von mindestens 69 Abgeordneten gestellt wird. Die Moderne wirft Błaszczak vor, nicht für die Sicherheit im Land garantieren zu können, was der Verkehrsunfall Ende vergangener Woche gezeigt habe, infolge dessen Ministerpräsidentin Beata Szydło verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert wurde.
14.02.2017	Die Regierung verabschiedet die »Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung«, die von Finanz- und Entwicklungsminister Mateusz Morawiecki vorgelegt wurde. Eine der Prioritäten ist die Re-Industrialisierung Polens, die u. a. mit Hilfe der Autoindustrie umgesetzt werden soll. Die Strategie sieht Investitionen in Höhe von 2 Billionen Zloty bis zum Jahr 2020 vor (1,5 Billionen Zloty aus öffentlichen Mitteln, 0,5 Billionen Zloty aus Mitteln des privaten Sektors).
15.02.2017	Krzysztof Szczerski, Präsidialminister für außenpolitische Angelegenheiten, sagt, dass die Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) durch ihre entschiedene Haltung die aktuelle EU-Flüchtlingspolitik zugunsten eines besseren Schutzes der EU-Außengrenzen und der Bekämpfung der Fluchtursachen verändert habe. Die Visegrád-Gruppe wurde am 15. Februar 1991 gegründet.
16.02.2017	Verteidigungsminister Antoni Macierewicz nimmt am zweitägigen NATO-Gipfel in Brüssel teil. Seiner Einschätzung nach ist der Aufruf des NATO-Mitglieds USA an die europäischen Partner, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, als Unterstützungszusage gegenüber den Ländern zu interpretieren, die ihre finanziellen Pflichten erfüllen, wozu auch Polen gehört. Darüber hinaus habe er sich für die Unterstützung der NATO bei der Aufklärung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) eingesetzt.

17.02.2017	In seiner Rede auf der 53. Münchener Sicherheitskonferenz betont Präsident Andrzej Duda, dass die Einheit des Westens grundlegend für seine Stärke und Sicherheit im europäischen und euroatlantischen Rahmen sei. Polen setze sich aktiv für die Einheit in Mitteleuropa ein, um diese Region in der westlichen Welt zu verankern. Die politischen Eliten des Westens würden aktuell einen »reaktionären« Eindruck machen und an die politische Klasse am Hofe Ludwigs XVI. erinnern. Sie sollten auf die zurzeit artikulierten Forderungen nach Veränderung reagieren, damit die Erneuerung des Westens konstruktiv und nicht destruktiv verlaufe.
17.02.2017	Auf einem Panel zur Zukunft der Europäischen Union auf der 53. Münchener Sicherheitskonferenz sagt der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, mit Blick auf den Konflikt um das Verfassungstribunal in Polen, dass das Prinzip Rechtsstaatlichkeit gebiete, dass sich der Staat nicht in die Rechtsprechung einmische. Außenminister Witold Waszczykowski weist die Bemerkung zurück, indem er fordert, dass Polen gemäß seiner Verfassung handeln dürfe und nicht entsprechend der Vorstellung anderer von der polnischen Verfassung. Die »Venedig Kommission« habe Polen seinerzeit geraten, den politischen Streit in Polen um das Verfassungstribunal mit politischen Mitteln zu lösen und nicht durch die Einmischung ausländischer Institutionen, so Waszczykowski.
18.02.2017	In einem von der »Deutschen Welle« veröffentlichten Interview spricht sich Außenminister Witold Waszczykowski dafür aus, dass die USA an der Lösung aller bewaffneten Konflikte in Europa beteiligt werden. Der aktuelle ukrainisch-russische Konflikt, die Balkankriege und beide Weltkriege hätten gezeigt, dass Europa zu schwach sei, um solche Konflikte zu lösen. Des Weiteren halte Polen am Weimarer Dreieck (Deutschland, Frankreich, Polen) fest, wobei Paris und Berlin mehr Initiative zeigen müssten. Die letzten Treffen auf oberster staatlicher Ebene habe Polen ausgerichtet (2010 und 2011). Polen schlage eine Zusammenarbeit des Weimarer Dreiecks und der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) vor.
20.02.2017	Vizekulturminister Jarosław Sellin sagt in einem Fernsehinterview für TVN24 mit Bezug auf den verbalen Schlagabtausch zwischen dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, und Außenminister Witold Waszczykowski auf der 53. Münchener Sicherheitskonferenz Ende vergangener Woche, dass ein Angriff auf Polen heutzutage ein Angriff auf die Einheit der Europäischen Union sei. Die polnischen Politiker sollten sich geschlossen hinter den polnischen Außenminister stellen und nicht hinter einen Beamten der Europäischen Kommission, der es sich erlaube, den polnischen Minister auf internationaler Bühne zu belehren. Des Weiteren unterstütze er die Position des Verteidigungsministers Antoni Macierewicz, dass die NATO Unterstützung bei der Aufklärung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) leisten solle, da Polen NATO-Mitglied sei. Macierewicz hatte am Rande des NATO-Gipfels in Brüssel in der vergangenen Woche mitgeteilt, dass er sich für die Unterstützung eingesetzt habe.
20.02.2017	In einem Fernsehinterview sagt Präsidialminister Andrzej Dera, dass in der letzten Zeit Versuche unternommen worden seien, die polnisch-ukrainischen Beziehungen zu stören. Als Beispiel für Provokationen führt Dera Vandalismus auf einem polnischen Kriegsgräberfeld in der Ukraine im Januar sowie ebenfalls dort an einem Denkmal für von ukrainischen Nationalisten ermordete Polen im Zweiten Weltkrieg an. Dera illustriert damit die Äußerung des US-amerikanischen Senators John McCain auf der 53. Münchener Sicherheitskonferenz in der vergangenen Woche, der sich angesichts der aktuellen Krisengebiete für Solidarität aussprach; namentlich Polen könne eines der Länder sein, auf das ein gewisser Druck von außen ausgeübt werden könnte.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. [www.isp.org.pl](http://www.isp.org.pl)

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓLPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2017 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)